

APO Entwurf

Präambel

Die Welt steckt im Krisenmodus; Kriege, Klimakrise, ein Erstarren des Faschismus. Die weltpolitischen Themen sind Themen im Alltag von Schüler*innen, doch nur selten im Schulalltag. Angesichts der komplexen Herausforderungen sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene ist es unerlässlich, dass wir uns für eine gerechte, inklusive und nachhaltige Bildungs- und Gesellschaftspolitik einsetzen. Wir Schüler*innen müssen dafür politisiert und vernetzt sein, dafür braucht es eine starke Basisarbeit. Nur durch ein inklusives und faires Bildungssystem können junge Menschen auf die Probleme und Krisen der Zeit vorbereitet werden.

Basisarbeit

Für eine starke LSV sind politische und kritische BSVen und SVen unabdingbar. SVen sollen die Stimme junger Menschen sein und in kritischen Sichten gestärkt werden. Damit sie politisch mitbestimmen können, wie sie es verdienen. SVen müssen sich als kritische Stimmen der Jugend sehen statt als die netten Menschen vom Kuchenverkauf. Auch BSVen müssen endlich von der ewigen Finanzierungsbürokratie wegkommen, um junge Menschen zu mobilisieren, politisch aktiv zu sein.

Die LSV kann nur inhaltlich und sinnvoll arbeiten, wenn alle BSVen (und SVen) sich als Teil der LSV verstehen. Das Erreichen dieses Ziels muss oberste Priorität in der Arbeit des Landesvorstandes sein.

Wir als die LSV und als die BSVen müssen mehr mit ihrer jeweiligen Basis, also mit den Schüler*innen arbeiten. Ein besonderer Fokus muss dabei die Arbeit an Schulformen jenseits der Gymnasien und Gesamtschulen sein, in diesem Kontext spielen Antiklassismus- und Antidiskriminierungsarbeit eine wichtige Rolle. Dazu ist es neben Gastbeiträgen nötig, auf BDKen in Form von Austauschtreffen und Informationsveranstaltungen in den fünf Regierungsbezirken vor Ort zu sein.

Arbeitsaufträge:

- BSVen beim Aufbau und der Arbeit vor Ort unterstützen
 - Über SVen oder Verwaltungsstellen aktiv auf Bezirke ohne BSVen zugehen
 - regelmäßig stattfindende BSV-Basistreffen
 - Konzepte für inhaltliche Kampagnen erarbeiten
 - regelmäßiges Besuchen der BeVoSien
 - Unterstützung bei der Politisierung von SVen durch Workshops auf BDKen
 - mindestens viermal in der Legislatur Regionunden mit den BSVen
 - unterrepräsentierte Schulformen weiter einbinden
 - Unterstützung der BSVen im Bezug auf die feste Teilnahme mit Rederecht an Schul-Ausschüssen in Städten und Kreisen
 - Diskussion von Grundpositionen/Grundsatzprogramm (z.B.: mehrtägig mit Schüler*innen und Delegierten, evtl. mit Kooperationspartner*innen)
 - regelmäßige Seminartage, beispielsweise BSV-Tage
- LSV Kampagne "Bildungsprotest" bekannt machen

- E-Mails an SVen und Schulen schicken
- mindestens ein eintägiges Treffen pro Regierungsbezirk
- Öffentlichkeitsarbeit

Bildungsprotest

Am 13.03.2024 fand der landesweite Bildungsprotest der LSV NRW statt, bei dem Investitionen, Umgestaltung und Mitbestimmung gefordert wurden. Tagtäglich sehen wir in unseren Schulen kaputte Toiletten, bröckelnde Wände, massiven Lehrkräftemangel, enormen Leistungsdruck sowie das Ignorieren von Schüler*innen-Meinungen. Das ist ein Zustand, der nicht mehr tragbar ist.

Schulministerin Feller hat das Engagement der Schüler*innen zwar offiziell begrüßt, nun sollte allerdings konkret etwas geändert werden. Wenn Sie es also ernst meinen würde, was sie sagt, müsste ein Demonstrationsrecht für Schüler*innen während der Schulzeit eingeräumt werden. Dass dies bisher noch nicht passiert ist, lässt vermuten, dass es bei Lippenbekenntnissen und Heuchlerei bleiben wird, und dass die Meinungen der Schüler*innen in der Politik kaum gehört werden und sie nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden. Junge Menschen haben es verdient, gehört zu werden, was ihnen bislang oft verwehrt wurde. Die Grundlage der Wirkmacht der LSV NRW liegt auf der Straße, um gehört zu werden, müssen wir zu Mitteln greifen wie dem landesweiten Bildungsprotest. Die LSV NRW muss weiter protestieren, damit das Schulsystem und damit unsere Zukunft nicht weiter in die Katastrophe steuert.

Arbeitsaufträge:

- Bildungsprotest fortführen
- kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel in Form von Social-Media-Beiträgen)
- kontinuierliche Kommunikation der Forderungen an Politik und Presse
- Teilnehmer*innen des Bildungsprotests weiter an die LSV und die BSVen binden
- Ergänzung der Forderung Streikrecht für Schüler*innen

Weltpolitik und Schule

Anti-Militarismus

Während wir unseren Schulalltag bestreiten, sterben tagtäglich in anderen Teilen der Welt Menschen, explizit eben Schüler*innen in Kriegsgebieten. In vielen Teilen der Welt werden Kriege geführt, doch diese werden in Deutschland unterschiedlich wahrgenommen. Die Klassifizierung von Flüchtenden ist rassistisch. Die Tatsache, dass Kriege wie der Ukraine-Krieg Thema in Schulen sind, der Krieg im Kongo zum Beispiel aber nicht, zeigt, dass auch in der Wahrnehmung der Konflikte in der Welt rassistische Unterschiede gemacht werden. Der Punkt, dass aus europäischer Sicht wichtig eingestufte Kriege mit einer drohenden Wehrpflicht reagiert wird, macht deutlich, dass die Gefahren dieser als wichtiger und akuter erscheinen, als die in anderen Bereichen der Welt.

Der seit Februar 2022 tobende Krieg zwischen Russland und dem Westen auf dem Territorium der Ukraine stellt eine militärische Großauseinandersetzung dar, wie es sie mindestens seit 1990 in der Welt nicht mehr gab. Anders als die für die betroffenen

Menschen nicht weniger grausamen Kriege im Kongo, im Jemen oder in Kurdistan, hat der "Ukraine-Krieg" das Potential, kurzfristig in einen offenen Weltkrieg umzuschlagen. Selbst wenn uns das hoffentlich vorerst erspart wird, greift die Vorbereitung auf einen solchen Krieg schon heute massiv in den Schulalltag ein. Dies zeigt sich an Forderungen z.B. der Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger, der Forderung nach mehr Einsätzen der Bundeswehr in Schulen sowie der Drohung mit Kürzungen im sozialen Bereich, um Ressourcen für die Aufrüstung zu beschaffen.

Der schmerzhaften Tatsache, dass weltweit Schüler*innen (und andere Menschen) sterben, stehen Regierungen gegenüber, welche in der öffentlichen Debatte fordern, Schüler*innen auf den Kriegsfall vorzubereiten. Auch die Präsenz von Jugendoffizieren, also Referent*innen, die versuchen, Schüler*innen von der Bundeswehr und damit vom Krieg zu überzeugen, soll stark erhöht werden. Diese lassen bei ihren Vorträgen aus, dass der Beruf als Soldat*in kein normaler Beruf ist, sondern mit dem Töten und Getötet-Werden verbunden ist. Schüler*innen, die keine differenzierte Aufklärung über die Bundeswehr erhalten, verbleiben dann mit den einseitigen Informationen. Statt die Soldaten und potenziellen Kriegstoten von morgen in unseren Schulen zu rekrutieren, sollte man sich mit Sorgen und Ängsten der Schüler*innen befassen. Viele Schüler*innen kommen selbst aus Kriegs- oder Krisengebieten. Sie müssen Raum bekommen, eigene Traumata aufzuarbeiten, um eine qualitativ sinnvolle Teilnahme am Unterricht sicherzustellen. Seit Jahren kritisieren wir das Auftreten der Bundeswehr an Schulen, aber auch die drohende Wehrpflicht. Doch durch aktuelle Entwicklungen ist es allerdings aktueller denn je, die Bundeswehr zu kritisieren. Durch zu volle Lehrpläne haben Lehrkräfte keine Zeit, um aktuelle Themen, Krisen oder Kriege zu thematisieren, dabei kann man genauso Schüler*innen erklären, wie eben diese entstehen. Allerdings sollten mehr externe Referent*innen für solche Auseinandersetzungen eingeladen werden, da Lehrkräfte teils nicht das ausreichende Wissen über die komplizierten Konflikte haben. Und zum Beispiel, geschichtlich auf die Schlichtung der Krisen und Kriege zu schauen, kann helfen zu verstehen, wie man diese heute löst.

Arbeitsaufträge:

- Grundsatzprogramm um diesen Themenblock ergänzen und genauere Position durch externe Beratung und Weiterbildung erarbeiten
- Materialkoffer zur Thematik erarbeiten und anschaffen
- Demonstrationen und Aktionen gegen Aufrüstung unterstützen
- Diskussionsformat mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. Pro Asyl) zum Thema Flucht
- Direkte Intervention gegen drohende Abschiebungen von Schüler*innen in NRW mit Protestaktionen
- Auseinandersetzung mit drohender Wehrpflicht und ggf. einen WS auf einer LDK

Klassismus

Aktuell ist jedes fünfte Kind in Deutschland armutsgefährdet. Der sozio-ökonomische Hintergrund eines Kindes hat noch immer erhebliche Auswirkungen auf die soziale Teilhabe und auf den Bildungsabschluss. Aktuelle Sozial- und Bildungspolitik verhindert Chancengleichheit aktiv.

Die Reproduktion der sozio-ökonomischen Schicht basiert zu einem großen Teil auf dem selektiven Schulsystem. Durch die Einteilung in verschiedene "Leistungsstufen"

werden Schichten vereint, denn die Schule schafft es aktuell nicht die Nachteile der Schüler*innen mit sozio-ökonomischen Hintergrund, welche z.B. in fehlender Hilfe bei Hausaufgaben auftreten, auszugleichen. Wie das Schulleben gestaltet werden kann, hängt oft von den finanziellen Ressourcen des Elternhauses ab. Ob ein Kind an der Klassenfahrt oder dem Abiball teilnehmen kann und wie man die Freizeit nach der Schule gestaltet, wird von diesen bestimmt. Dadurch sind diese Kinder und Jugendliche oft auch von Mobbing betroffen.

Arbeitsaufträge:

- Gemeinsame Zielsetzung und Vernetzung mit anderen Jugendorganisationen
- (Erarbeitung einer Kampagne)
- PMs und eine Resolution zum Thema IGGS

Antifaschismus

Die LSV NRW verurteilt jegliche Form der Diskriminierung und des Faschismus, dabei lehnt sie alle Gesetze, politische Entscheidungen und Parteien ab, die diese fördern.

Diskriminierung macht vor dem Schultor keinen Halt und lässt betroffene Schüler*innen mit mentaler Belastung zurück, welche kaum aufgearbeitet wird, da Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen fehlen.

Folglich sehen wir hinsichtlich der Antidiskriminierungsarbeit große Lücken.

So ist es mehrfach belegt, dass Schüler*innen mit Migrationshintergrund nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen im Bildungssystem haben. Die Strukturen des Bildungssystems sind ungerecht und das insbesondere für schon generell benachteiligte Schüler*innen. Nicht nur die Selektion nach der vierten Klasse, bei der Schüler*innen mit Migrationshintergrund statistisch gesehen schlechtere Chancen auf einen höheren Abschluss haben als weiße Schüler*innen, zeigt, dass der Rassismus systematisch und institutionell begründet ist.

Dass marginalisierte bzw. benachteiligte Schüler*innen durch ihre Mitschüler*innen und Lehrkräfte offenem, aber vor allem auch vermehrt strukturellen Rassismus erleben, ist bitterer Teil ihres Schulalltags, mit dem sich die meisten Schüler*innen alleine fühlen. Sicherere Räume zum Austausch dieser Rassismus-Erfahrungen fehlen in den meisten Schulen schlichtweg.

Die aktuelle Entwicklung der „Alternative für Deutschland“ macht die Aktualität des Faschismus deutlich. Mit ihrem aggressiven, spalterischen sowie hetzerischen Auftreten versteht es die Partei, besonders in den sozialen Medien mit propagierenden Inhalten Hass zu säen. Wir als LSV NRW müssen uns in der Verantwortung sehen, einen Online-Auftritt sicherzustellen, indem wir uns diesem Hass mit Aufklärung durch Fakten entgegenstellen. Es ist notwendiger und akuter denn je, gegen Rechts einzustehen und aufzustehen, um sich selbst oder Mitschüler*innen zu schützen.

Arbeitsaufträge:

- Aufklärung (z.B. Geschichte des Faschismus, Auswirkung, Bedeutung,...) in Form von zum Beispiel Workshops auf LDKen/BSV-Tagen/Schulen, Beiträge in den sozialen Netzwerken
- Einbettung in den (Geschichts-) Unterricht

- Gedenkposts
- Teilnahme an Gedenkveranstaltungen
- Teilnahme an Antifaschismus-Demos
- Weitere Forderung in der Weiterführung des Bildungsprotests
- Resolution zum Thema Schulsozialarbeit
- Online-Auftritt verstärken mit inhaltlichen

Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise bringt verheerende Auswirkungen wie Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Naturbrände, ...) und steigende Meeresspiegel mit sich, dies gefährdet Leben und Lebensgrundlagen, während Großkonzerne im globalen Norden weiterhin ihren Profit maximieren. Die Politik muss das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreichen, Deutschland schafft dies, Studien zufolge, nicht. Schulen tragen durch Ressourcenverschwendung und unzureichende Aufklärung zur Krise bei. Dies hat die Folge, dass mehr als jede*r Zweite*r zwischen 16 und 25 Jahren unter Zukunftsängsten leidet. Wie soll eine Motivation zum lernen existieren, wenn es keine Zukunft gibt? Es ist dringend erforderlich, das Bewusstsein für Klimaschutz zu stärken und strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

- Workshop zum Thema Klimagerechtigkeit auf einer LDK (Ideenentwicklung, welche Projekte organisiert und umgesetzt werden könnten)
- Beteiligung und Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen (z.B. Demo Organisation, Demo Besuche, Projektentwicklung,...)
- Politischer Druck (z.B. durch die Kooperation einer Petition anschließen, Pressemitteilung)

Sexualisierte Gewalt

Im System Schule ist die aktuelle Lage geprägt von Geschlechterstereotypen und Geschlechterrollen, Sexismus und sexueller Belästigung. FLINTA* (Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nichtbinäre, Transpersonen, Agender) Personen werden in Rollen gedrängt, erleben strukturellen Sexismus, sind täglich von sexistisch internalisierten Verhaltensweisen sowie sexualisierter Gewalt betroffen.

Deswegen ist Antisexismus in Schulen unerlässlich, um eine gerechte und respektvolle Gesellschaft zu fördern. Indem Schüler*innen, aber auch Lehrkräfte über Geschlechterstereotypen, Sexismus und sexuelle Belästigung aufgeklärt werden, können sie ein Bewusstsein für Gleichberechtigung und Respekt entwickeln. Zudem sollte über sexistische Strukturen aufgeklärt werden, sowie feministische Geschichte.

Arbeitsaufträge:

- Workshops zum Thema Schutzkonzept an meiner Schule anbieten
- Feminismus LDK
- eigenes Schutzkonzept ständig aktuell halten
- Überarbeitung und Aktualisierung des Geschlechterstatuts der LSV NRW
- Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel Informationsposts

In dem Bewusstsein, dass wir als Schüler*innen eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Zukunft spielen, nehmen wir diese Verantwortung wahr und setzen uns entschlossen für eine gerechte und nachhaltige Welt ein.